

# Die schwierige Suche nach der Wahrheit

Stefan Nold

29.7.2019: „Moskauer fordern die Macht heraus – Aus Empörung über Wahlmanipulation gehen Tausende Russen auf die Straßen / Staat reagiert mit Härte“. 30.7.2019: „Protestwelle Gefahr für Putin? Kreml lässt im Herzen Moskaus immer mehr Demonstranten niederknüppeln – die Empörung wächst“. 5.8.2019: „Hunderte Festnahmen in Moskau. Die Proteste gegen Willkür in Russland reißen nicht ab / Doch die Polizei greift wieder hart durch“. 9.8.2019: „Jubiläum zwischen Bränden und Protesten. Seit 20 Jahren ist Wladimir Putin der unumschränkte Herrscher im Kreml, doch zum Feiern ist in Russland kaum jemandem zumute.“ Das sind die Überschriften unserer Lokalzeitung, dem Darmstädter Echo zu den Protesten in Moskau am 27. und 2.8. diesen Jahres.

.....

Im gleichen Monat war in der Zeitschrift **HUMANE WIRTSCHAFT** mein Beitrag „Vom Herzen in die Hände“ erschienen. Darin hatte ich geschrieben: „Auch heute ist Russland nicht die Schweiz, aber es herrscht doch eine sehr weitreichende Meinungsfreiheit, was für einen Vielvölkerstaat mit vielen unterschiedlichen Glaubensrichtungen, ungünstigen wirtschaftlichen Startbedingungen und hohem Konfliktpotential nicht selbstverständlich ist.“ Mich beschlichen Zweifel. Hatte ich daneben gelegen? Ich dachte an eine Besprechung mit meinem Doktorvater, dem Regelungstechnik-Professor Rolf Isermann. Vor uns lag der erste Entwurf meiner Dissertation. Er riet mir: „Herr Nold, sie haben doch so viel. Aber

schreiben sie lieber etwas weniger. Das was sie schreiben, muss hieb- und stichfest sein, sonst machen sie sich angreifbar.“ Es gibt Worte, die brennen sich ein in den Kopf. 30 Jahre sind seitdem vergangen. Sein Ratschlag war mir immer präsent, ob im Geschäftsleben beim Erstellen eines Angebots oder bei der Formulierung eines Flyers für eine Bürgerinitiative. Und jetzt dieser Lapsus, diese allgemeine Wertung ohne konkrete Quellenangabe. „Wie konntest du nur?“ ging es mir durch den Kopf.

Woher stammte meine Einschätzung? Langsam erinnerte ich mich: Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr brachte das ZDF am 14. 6. eine Reportage von Markus Lanz mit dem Thema „Russland! Gespräch mit ziemlich fremden Freunden“. Zum Glück ist der Bericht in der ZDF-Mediathek abrufbar. Lanz hatte eine ganze Reihe von Menschen quer durch die Gesellschaft interviewt. Einer von ihnen war Dmitri Trenin, Leiter des Moskau Instituts der Carnegie Endowment for International Peace. Trenin hat eine ganze Reihe von viel beachteten Büchern über Russland und seine Entwicklung geschrieben. Die Carnegie Endowment wurde von dem amerikanischen Milliardär Andrew Carnegie gegründet und ist mittlerweile ein 377 Mio. \$ schweres Netzwerk mit Büros in Beirut, Brüssel, Moskau, Neu-Dehli, Peking, Washington mit einem Jahresbudget von 36 Mio. Dollar: „Unsere über einhundert Jahre alte Mission ist es, Frieden durch Analyse, frische politische Ideen und direktes Engagement und Zusammenarbeit von Regierung, der Geschäftswelt und der

Zivilgesellschaft zu befördern. Die Zusammenarbeit unserer Zentren bringt bilateralen, regionalen und globalen Problemen den unschätzbaren Vorteil verschiedener nationaler Sichtweisen.“ So beschreibt die Carnegie-Endowment ihre Mission. Ich hörte mir das Interview noch einmal an. Hier ist die Mitschrift des Teiles, bei dem es um die Meinungsfreiheit in Russland geht.

**Markus Lanz:** Würden Sie die russische Gesellschaft als frei bezeichnen?

**Dmitri Trenin:** Das kommt darauf an, um was es geht. In Bezug auf persönliche Freiheit halte ich Russland für ein freies Land. Sie können reisen, Ihre Religion frei ausüben. Sie können Geld verdienen.

**Markus Lanz:** Können Sie auch sagen, was immer sie möchten?

**Dmitri Trenin:** Ja, Sie können sagen, was sie möchten. Ich erkläre das mal so: Auf den wichtigsten Fernsehkanälen in Russland gibt es Talkshows, in die Menschen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen eingeladen werden. Aber die Gäste, die oppositionelle Ansichten vertreten, Meinungen im Kontrast zur Staatsführung, werden dort vorgeführt; sie werden genau danach gecastet. Sie müssen damit rechnen, niedergebrüllt zu werden. Ihre Aussagen werden von anderen Teilnehmern angegriffen und der Moderator ist voreingenommen. Es ist nicht so, dass man Dinge nicht äußern darf. Das ist nicht mehr die Sowjetunion. Aber in den Talkshows werden diese Leute zu Prü-

gelknaben gemacht. Grundsätzlich haben wir das Recht der freien Rede und das ist wichtig zu wissen, wenn man die Art des politischen Regimes, das wir heute in Russland haben, verstehen will. Auf den Punkt gebracht: Sie können sich frei äußern. Was Sie nicht können und wo man Sie stark einschränken wird, was sie nicht tun dürfen ist, es umzusetzen. Die Grenzlinie verläuft genau zwischen Sagen und Tun. Sagen ist erlaubt, etwas umsetzen aber nicht.

Was passiert in Moskau? Geht es den Demonstranten darum, dass Veränderungen nun tatsächlich auch stattfinden? Geht es nur um die Zulassung von unabhängigen Kandidaten zur Wahl des Moskauer Stadtparlaments am 8. September? Das Darmstädter Echo hat einen hervorragenden Lokalteil. Auf nationaler und internationaler Ebene findet man leider eher Suggestion als Information. Da geht es dann zu wie im Backshop. Die Meldungen der Nachrichtenagenturen sind die Rohlinge, die in der Redaktion ein wenig aufgebacken werden. Es kommen ausschließlich die Protestierenden zu Wort: „Ihr seid eine Schande für Russland“, skandieren sie gegenüber dem Rathaus – „Russland wird frei sein, hört man noch weit in die Seitengassen hinein, wohin die Demonstranten von der Polizei gedrängt werden.“, schreibt Claudia Thaler am 29. 7. im Echo. Die Berichterstattung ist einseitig, insbesondere wenn man sie mit den Berichten über die Proteste der Gelbwesten in Frankreich vergleicht, wo Hunderttausende auf die Straße gegangen sind mit 50 – 100 Schwerverletzten innerhalb eines halben Jahres. Die fran-

zösische Polizei setzt Hartgummigeschosse ein, die einem Demonstranten das Auge ausschießen oder die Hand abreißen können. Die schwerste Verletzung bei den – deutlich kleineren – Protesten in Moskau war ein gebrochenes Bein. Dennoch: Demonstrationen haben immer einen Grund. Der Soziologe Mischa Gabowitsch, Autor des 2013 erschienen Buches „Putin kaputt?“ über die Protestbewegung 2011 – 2013 sagt in einem Interview mit der ZEIT vom 6. 8. 2019:

„Die aktuellen Moskauer Proteste sind kleiner, aber konkreter. Die Menschen wissen ganz genau, wofür sie auf die Straße gehen. Zum Teil kennen die Demonstranten die Politiker sogar persönlich, die für das Stadtparlament kandidieren, aber nicht zugelassen wurden. Einige der Kandidaten sitzen auch schon als Abgeordnete in den Bezirksparlamenten, wo sie sich um alltägliche Dinge wie Müllabfuhr, Spielplätze oder Straßengestaltung kümmern. Viele Moskauer haben einen konkreten Bezug zu ihnen und haben sie mit ihrer eigenen Unterschrift unterstützt... Die Leute denken sich dann: Warum soll dieser Kandidat nicht zugelassen werden? Der macht doch gute Arbeit! Der will niemanden stürzen oder eine Revolution vom Zaun brechen! Der will einfach eine bessere Müllabfuhr und weniger Korruption bei Auftragsvergaben... Grundsätzlich gibt es in Russland zwei Formen von Protest. Beim offenkundig politischen Protest geht es um allgemeine Fragen, wie Korruptionsbekämpfung, demokratische Regeln und faire Wahlen. Bei den aller-

meisten Protesten im Land geht es aber um ganz konkrete Anliegen: einen Park, einen Wald, einen Fluss – aber, anders als etwa in Deutschland, nicht Umweltverschmutzung oder Klimaschutz als Ganzes. Zu diesem zweiten Typ gehören auch die meisten Sozialproteste zu Themen wie Renten oder Lkw-Maut. Leute wie Alexej Nawalny wollen immer den Sozialprotest ihren eigenen Themen unterordnen. Stattdessen entsteht

in Moskau wohl gerade eine hybride Form, bei der sich der oppositionelle Protest den Protesten zu konkreten Anliegen annähert.“

Genauere Angaben macht Wladimir Sankin in einem Bericht vom 25. 7. 2019 für das von der russischen Regierung finanzierten Nachrichtenportal Russia Today:

„Um teilnehmen zu können, muss ein potenzieller Kandidat unter anderem Unterschriften von drei Prozent der Einwohner sammeln. Die absolute Zahl ist je nach Bezirk unterschiedlich – im Durchschnitt sind es 5.000 Unterschriften. Für die Moskauer Dumawahlen wurden 233 Kandidaten registriert, von denen 171 Parteikandidaten und 62 sogenannte selbst ernannte Kandidaten waren. Die Registrierung von 57 Kandidaten wurde abgelehnt. Kandidaten der liberalen Opposition haben also scheinbar die gesetzliche Anforderung erfüllt, wurden aber nicht registriert. Die Begründung: Einige der Unterschriften wurden aus unterschiedlichen Gründen für ungültig erklärt. Das auszufüllen hält folgende Spalten: der Name des Moskauer, seine Wohnadresse, Serie und Nummer seines Personalausweises, Datum und Unterschrift. In einigen Fällen hat die Zentrale Wahlkommission die falsche Anzahl von Ziffern in den Passdaten erfasst: nicht zehn, sondern neun oder elf. In anderen Fällen wurde das Datum nicht vom Bürger, sondern von einem Vertreter der unabhängigen Kandidaten erfasst, oder man füllte die Formulare mit den Daten verstorbener Bürger aus.“

www.humane-wirtschaft.de



das in kurzer Zeit nur mit vielen Helfern zu schaffen. In Deutschland muss man bei einer Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren sein Geburtsdatum angeben. In Russland benötigt man die Nummer des Personalausweises, wenn man die Kandidatur eines unabhängigen Kandidaten unterstützen möchte. Das Geburtsdatum weiß man aus dem Kopf, die Nummer des Personalausweises nicht. Man muss die Gelddörse zücken, den Personalausweis herausholen und eine zehnstellige Nummer fehlerfrei und gut leserlich übertragen. Das ist fehleranfällig und zeitraubend, kurz: Reine Schikane.

Das überraschende Ergebnis ist: In Moskau haben 62 unabhängige Kandidaten diese Hürde genommen. Bei rund 5.000 Unterschriften pro Kandidaten sind das rund 310.000 Unterschriften. 13 der 57 abgelehnten Kandidaten haben gegen die Entscheidung protestiert, vermutlich die, die es knapp nicht geschafft haben. Das heißt: Für die Wahl des Moskauer Stadtparlaments hat die russische Zivilgesellschaft schätzungsweise vierhunderttausend gültige und amtlich bestätigte Unterschriften von Wahlberechtigten gesammelt, also über 5 % der rund 7,3 Millionen Wahlberechtigten. Das zeigt doch, wie mutig und lebendig die russische Gesellschaft ist. Wo in der Welt sind in kurzer Zeit mehrere Hunderttausend verifizierte Unterschriften für unabhängige, nicht von etablierten Parteien aufgestellte Kandidaten eines Stadtparlaments zustande gekommen? Andrei Kolesnikow, der wie Dmitri Trenin für das Moskauer Büro der Carnegie-Endowment arbeitet, schreibt in einem Beitrag für die Gegenblende des DGB:

*„Der beeindruckendste Fall von zivilem Ungehorsam ereignete sich kürzlich im hohen Norden Russlands, in der Provinz Archangelsk. Nachdem die Bewohner zufällig von den Plänen der Regierung erfahren hatten, Müll aus Moskau in den unberührten Wäldern der Region zu begraben, demonstrierten sie (für) das Projekt. Sie tun das jetzt bereits ein Jahr, und die Proteste dehnen sich sogar auf benachbarte Regionen aus. Auch hier gibt es eine wirtschaftliche Komponente: Die Menschen in einer armen Region erheben sich gegen Übergriffe des reichen Moskau. Sie verlangen jedoch keine Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Realeinkommen. Stattdes-*

*sen verteidigen sie ihre öffentlichen Räume gegen die Besetzung durch die Zentralregierung. Sie fordern dabei nicht nur ein Ende des Deponiebaus, sondern auch den Rücktritt ihres Gouverneurs – und in jüngster Zeit den von Putin selbst.“*

Diese Art von Protesten haben ein enormes Potential. In ihnen entlädt sich der Ärger der Menschen über „die da oben“. In Darmstadt hat die Bürgerinitiative „Darmstadt ohne Nordostumgehung“ innerhalb von 3 Jahren eine Außenseitermeinung gegen den Willen aller etablierten Parteien erst zu einem Bürgerbegehren und dann 2009 zu einem Bürgerentscheid verholfen, der mit deutlicher Mehrheit von rund 55 % gewonnen wurde, auch wenn das erforderliche Quorum von 25 % der Wahlberechtigten knapp verfehlt wurde. Dies führte nicht nur zu einer Abplanung der umstrittenen Straße. Zwei Jahre später wurde die seit Kriegsende ununterbrochen regierende SPD, die ihr Schicksal mit dieser Realisierung dieser Straße verknüpft hatte, von einer Grün-Schwarzen-Koalition abgelöst. Der Klimaschutz und der Erhalt der öffentlichen Grünflächen war für die meisten von uns als Initiatoren die Triebfeder des Engagements. Mein Fazit aus unzähligen Gesprächen, die ich damals geführt habe, war: Wir haben bei vielen Menschen ein Umdenken bewirken können. Entscheidend für die Mehrheit und damit den Erfolg war aber die allgemeine Unzufriedenheit mit der arrogant und paternalistisch wirkenden Regierungspartei. Daran konnte auch der damalige Oberbürgermeister Walter Hoffmann von der SPD, der auf einen fairen Ausgleich der Interessen gesetzt hatte, nicht viel ändern. Nach den oben genannten Berichten scheint mir in Russland etwas ähnliches im Gange zu sein. Die Proteste zeigen, wie weit Russland auf dem Weg zur Demokratie schon ist, besonders im Vergleich zu China. Wenn die europäische Union diese Entwicklung in wohlwollender Freundschaft begleitet hätte, würden die Russen an der Wahlurne vielleicht auch jungen und unerfahrenen Kräften eine Chance geben. Aber die Truppen der NATO stehen 150 km von St. Petersburg, es gibt umfangreiche NATO-Stellungen der Raketabwehr in Rumänien, die sich nach russischer Einschätzung mit Software und Hardware-Nachrüstung auch zur Installation atomarer Mittelstreckenraketen eignen. Die Vergangenheit hat gezeigt,

dass die NATO jede Schwäche Russlands bis aufs Äußerste ausnutzt. Unter diesen Umständen wird die Mehrheit bei landesweiten Wahlen wahrscheinlich auf Nummer sicher gehen und weiter auf Wladimir Putin oder einen anderen Kandidaten seiner Partei setzen – Korruption hin oder her.

Hinzu kommt die aggressive Rhetorik. In den Berichten unserer Leitmedien geht es nicht um die Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft oder um die Mülldeponie in Archangelsk, sondern um etwas ganz anderes. Frank Schirrmacher, der frühere Herausgeber der FAZ, hat das am 28. 3. 2014, zwei Monate vor seinem viel zu frühen Tod, in dem wahrlich grandiosen und messerscharfen Beitrag „Echtzeitjournalismus: Dr. Seltsam ist heute online“ beschrieben. Anlass war das „Strafgericht“, das der Fernsehmoderator Klaus Kleber mit dem Siemens Chef Joe Kaeser kurz zuvor veranstaltete. Kaeser „als Repräsentant eines Unternehmens, das auch für Deutschland steht“, war nach Moskau gefahren und hatte sowohl mit Putin als auch mit dem Eisenbahnchef gesprochen, der mit einem Einreiseverbot belegt war. Schirrmacher schrieb:

*„Diese Inquisition, die auch in ihrem nur dem Remmidemmi verpflichteten Desinteresse daran, was Kaeser von Putin denn gehört haben könnte, alles in den Schatten stellt, was man an Vaterlandsverräterrhetorik aus dem wirklichen Kalten Krieg kannte, ist überhaupt nur als Symptom journalistischen Übermenschentums diskutierbar und wird dadurch allerdings auch über den peinlichen Anlass hinaus interessant... Es stimmt: Nichts in der europäischen Presse und ihren Öffentlichkeiten klingt nach der herzasenden, fiebrigen, hurrapatrischen Prosa der Welt von gestern. Es gibt heute keine Journalisten, die, um Karl Kraus zu zitieren, ihre „Feder in Blut tauchen und ihre Schwerter in Tinte“. Stattdessen entsteht eine permanente Echtzeit-Erzählung, in der das Herz gleichsam unablässig im Kriegs- und Erregungsmodus schlägt... Von Michael Crichton stammt der Spruch, dass sich eine Geschichte, wenn die Zutaten stimmen, fast von selbst schreibt. Nicht nach Kriegsgeschrei und dem Donnern von Stiefelabsätzen muss man deshalb heute in der Sprache suchen, sondern nach diesen Automatismen,*

*die durch moderne Kommunikationssysteme sich atemberaubend beschleunigt haben... Nachrichtenticker wechseln im Minutentakt zwischen Reaktion und Gegenreaktion, teilweise mit sorgfältig abgestimmter Eskalations- und Herzschlagssteigerungsemantik, verbunden durch die Tricks, wie man sie in den Schreibseminaren Hollywoods lernen kann.“ Schirmmacher schließt mit den Worten: „Modernität hieß immer auch, sich durch Reflexion zu immunisieren. Helmut Kohl, Helmut Schmidt und Henry Kissinger haben alle höchst abwägend und behutsam auf die aktuellen Ereignisse reagiert. Der Echtzeitdramaturg sagt: weil sie alt sind. Alter ist kein Kriterium für Rationalität. Entschleunigung aber ist es.“*

Wahrheit ist ein hohes Gut. Aber was ist wahr? Seit vielen Jahren arbeite ich in der industriellen Bildverarbeitung. Ich schreibe Software, die Kamerabilder automatisch auswertet, damit nur Waren,

die bestimmte optische Qualitätsmerkmale erfüllen, ausgeliefert werden, bzw. in den weiteren Produktionsprozess gelangen. Entscheidend für die Bewertung ist die richtige Beleuchtung. Wenn man ein Objekt von hinten anleuchtet, sieht es von vorne aus wie schwarzer Scheuerschnitt, beleuchtet man es von vorne, kann man das aufgedruckte Etikett lesen, beleuchtet man es von der Seite, wird die Profilierung sichtbar. Ähnlich ist es mit politischem Sachverhalten. Je nachdem wie man eine Sache beleuchtet, werden unterschiedliche Eigenschaften erkennbar. Gefährlich wird es, wenn die relevanten Medien synchron die gleiche Beleuchtungsrichtung verwenden. Dadurch geraten die anderen Objekteigenschaften aus dem Blick. Wir alle sind in irgendeiner Form „Bildverarbeiter“. Die Software in unserem Gehirn kann die Bilder, die wir bekommen, nur adäquat auswerten, wenn die Beleuchtung stimmt. Mir scheint es so zu sein, dass die meisten Journalisten gerade Russland nur von einer Seite mit einem

ganz bestimmten Licht anleuchten. In der industriellen Bildverarbeitung bestimmt der Auftraggeber, welche Prüfkriterien zu erkennen sind. Die übrigen Eigenschaften des geprüften Objekts sind nicht von Interesse. Ich frage mich manchmal, ob das heute bei vielen Journalisten nicht genauso ist. 

#### Zum Autor

Dr.-Ing. Stefan Nold



Jg. 59. Studium der Elektrotechnik und Promotion an der TH Darmstadt. Nach Berufsabschluss einige Jahre in der Elektronik-Entwicklung bei KSB Pumpen in Frankenthal. Seit 1991 Inhaber eines Ingenieurbüros (SOFT CONTROL GmbH in Darmstadt) mit den Schwerpunkten optische Inspektionssysteme und intelligente Kameras für die Landtechnik. Aktivist und Mitbegründer verschiedener erfolgreicher lokaler Bürgerinitiativen (u. a. BI ONO Darmstadt gegen die Nordostumgehung).